



Zusammenstellung der Anträge und Anfragen zur Haushaltsberatung für den Haushalt 2017 **Geislingen, den 14.12.2016**

- Die SPD-Fraktion beantragt, einen Teil der eingesparten Kreisumlage, mindestens aber 50 000 €, im Haushalt 2017 einzustellen.
- An einen Antrag aus unserer letztjährigen Stellungnahme möchte ich erinnern, den Breitbandausbau mit Glasfaserkabel im Gemeinderat zu behandeln. Wir fordern erneut die Erstellung eines Bedarfs- und Ausbauplans für die Gesamtstadt, Darstellung der Förderkulisse, der Breitbandinitiative des Landkreises und einer zeitlichen Perspektive der verschiedenen Maßnahmen. Der Anschluss von Schulen und Gewerbegebieten an die Glasfaser wird mit bis zu 90 Prozent gefördert. In wie weit können wir davon profitieren? Verpassen wir ein Zeitfenster?
- Wir beantragen erneut einen Bericht über die damals in Aussicht gestellten Gespräche mit der WMF und bitten darum insbesondere folgende Fragen zu beantworten: Welche Vorkehrungen getroffen werden müssten, um die Firmensammlung in großen Teilen im Alten Bau oder im Alten Zoll unterzubringen und welche finanzielle Auswirkungen dies für den Finanzplan 2020 haben kann.
- Wir beantragen eine finanzielle Absicherung für weitere 12 Monate unter Einbezug der ESA darzustellen und den Landkreis Göppingen für eine zusätzliche finanzielle Beteiligung zu gewinnen.
- Wir regen an, darüber nachzudenken, ob es sinnvoll wäre den Hauptsitz der ESA von Bad Ditzgen nach Geislingen zu verlegen, um damit Synergieeffekte zu erzielen.
- Der letzte Sozialbericht ist nun schon etliche Jahre alt. Wann gibt es den nächsten Sozialbericht?
- Flüchtlinge: Wir beantragen einen Bericht über die aktuelle Situation? Wie funktioniert die Kostenerstattung durch das Land? Wie sieht die Situation der ehrenamtlichen BetreuerInnen z.Zt. aus? Klappt die städtische Unterstützung? Wer kann den städtischen Dolmetscherpool in Anspruch nehmen? Wie klappt die Anschlussunterbringung?
- Wir beauftragen die Stadtverwaltung eine Resolution vorzubereiten, die wir im Gemeinderat verabschieden können.
- Darüber hinaus beantragen wir, dass die Stadtverwaltung schnell Kontakt zu den anderen betroffenen Kommunen aufnimmt, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen.